



Foto: argus/Schwarzbach

Auch beim Umstieg auf Erneuerbare Energien will die Bundesregierung die Macht der großen vier Energiekonzerne nicht antasten

Energiewende geht anders?

Gedanken zum Wandel

Wie sehr sich die politischen und ökonomischen Verhältnisse in der Energiepolitik und Energiewirtschaft verändert haben, zeigt sich darin, dass sich inzwischen nicht mehr nur Umweltorganisationen und Fachverbände sowie einige Parteien für die Energiewende und einen Ausbau der Erneuerbaren Energien einsetzen. Aus einem exotischen Nischendasein von Ökos und Spinnern bis in die 90er Jahre hinein, haben sich die Erneuerbaren Energien zu einem ernstzunehmenden ökonomischen Faktor entwickelt. Inzwischen sieht sogar die Bundesregierung samt des Außenministers Guido Westerwelle (FDP) in den Erneuerbaren Energien eine Chance, international neue Märkte zu erschließen und die Rolle als Exportweltmeister zu unterstreichen.

Doch wenn heute die Bundesregierung, Parteien und andere Organisationen von der Energiewende sprechen, dann haben sich nicht nur ökonomische Voraussetzungen geändert, sondern auch die politische Bedeutung dessen, was als Energiewende eigentlich zu verstehen ist. Die Umweltbewegung fordert zwar vor allem eine Energiewende mit dem Ziel, Schluss zu machen mit der ressourcenfeindlichen, verschwenderischen und lebensgefährlichen (Atom)Stromproduktion in zentralen Großkraftwerken, die fast ausschließlich unter Kontrolle von wenigen, aber umso mächtigeren Stromkonzernen stattfindet. Diese Energiewende fordert daher nicht nur den massiven und flächendeckenden Einsatz dezentraler Anlagen zur regenerativen Stromerzeugung. Sie ist im Grunde auch mit einer Entmachtung oder gar Zerschlagung der großen Stromkonzerne verbunden, die ihre Bedeutung durch den Aufbau einer alternativen, weil dezentralen Energieversorgung auf Basis Erneuerbarer Energien verlieren sollten. Ihre monopolartige Position sollte durch zahlreiche Klein-ProduzentInnen ersetzt werden und damit quasi auch eine Demokratisierung der Energieerzeugung herbeiführen. Umweltverträgliche Stromerzeugung sollte verbrauchsnahe erfolgen, auch um überschaubare und damit transparente Handlungsräume zu schaffen, in denen nicht mehr nur Experten und Konzerne mitspielen, sondern Bürgerinnen und Bürger mitreden können.

Es ist also ganz einfach: Energiewende beinhaltet schlicht die Machtfrage zu stellen. Wer entscheidet und wem nützt dies. Wenigen Konzernen und deren Aktionären? Oder vielen kleinen Produzenten und den BürgerInnen? Vor diesem Hintergrund ist die Energiewende also nicht allein eine technische und wirtschaftliche Frage (gewesen), sondern im Grunde im-

mer auch eine soziale und demokratische Aufgabe. Stichworte wie Klimagerechtigkeit, Energiedemokratie, Energieautonomie oder neuerdings auch Postwachstum haben viel damit zu tun, aber führen bis heute fast ausschließlich ein akademisches Nischendasein. Die inzwischen herrschende Debatte über die Energiewende in der deutschen Politik stellt diesen Zusammenhang nicht her. Dafür müssen auch die Umweltorganisationen Verantwortung übernehmen, die zwar immer wieder die Macht und wirtschaftlichen Interessen der Großkonzerne kritisieren, aber in Sachen Energiewende im harten Geschäft der Auseinandersetzung „pragmatisch“ nur die technischen Machbarkeiten und die wirtschaftlichen Vorteile skizzieren, mit denen Klimaschutz und die Beseitigung von Atomgefahren besser zu machen wären.

Die jetzt von der Bundesregierung beschlossene „Energiewende“ stellt vor diesem Hintergrund eine Art „Enteignung“ dar. Denn ein demokratischer und sozialer Wandel bleibt ausgeschlossen. Nicht nur im beschriebenen umfassenden Sinn eines gesellschaftlichen Wandels ist die Energiewende der Bundesregierung keine. Sie ist es nicht einmal im energietechnischen und –wirtschaftlichen Sinn: Zentrale Akteure sollen die vier großen Konzerne E.on, RWE, Vattenfall und EnBW bleiben.

Die Bundesregierung plant, den Anteil Erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung bis 2020 auf 35 Prozent zu steigern. Die Begrenzung des Ausbaus auf 35 Prozent an der Stromerzeugung einerseits und die starke Ausrichtung auf die Förderung der Off-Shore-Windenergie andererseits sind zwei maßgebliche Aspekte, die zeigen, dass die Macht der großen Vier nicht angetastet werden soll. Das Geschäft mit den Off-Shore-Anlagen ist inzwischen vollständig unter Kontrolle der Großkonzerne. Mit einer Leistung von 10.000 Megawatt bis 2020 und 25.000 Megawatt bis 2030 sollen die Windparks in Nord- und Ostsee ein wesentliches Standbein der CO₂-freien Stromerzeugung werden. Damit sichern sich die Großkonzerne in diesem Zeitraum einen Anteil von 10 bis 15 Prozent der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien. Hinzu kommen die 65 Prozent nicht erneuerbaren Stroms, der vor allem über Kohlekraftwerke abgesichert werden soll. Bleibt es bei diesen Planungen, dann bedeutet dies, dass die vier großen Konzerne auch in Zukunft bei einem Anteil an der Stromerzeugung von insgesamt rund 80 Prozent liegen werden und damit ihre Macht bestehen bleibt. Ihre wirtschaftlichen Interessen werden also weiterhin im Vordergrund stehen.

Dirk Seifert, Energiereferent ROBIN WOOD